

# Kanton plant keine weiteren Abklärungen

Eine Anlaufstelle für Opfer der Läderach-Schule in Kaltbrunn soll Abhilfe schaffen. Die Schulaufsicht habe alles richtig gemacht.

Enrico Kampmann  
und Pascal Michel

Die St. Galler Regierung stellt den ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Domino Servite Schule (DSS) in Kaltbrunn eine Anlaufstelle zur Verfügung. An der Schule, die zur evangelischen Gemeinde Hof Oberkirch (EGHO) gehört, waren Kinder in den Neunzigern und frühen Nullerjahren schwerstem psychischen, physischen und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Eine der Schlüsselfiguren der EGHO ist der Chocolatier Jürg Läderach. Gemäss einem kürzlich erschienenen SRF-Dokumentarfilm soll auch er Kinder geschlagen haben.

Wie die Regierung am Mittwoch bekannt gegeben hat, können sich betroffene Personen ans Bildungsdepartement wenden. Von dort würden sie bei Bedarf an unabhängige, professionelle Beratungs- und Unterstützungsstellen wie beispielsweise die Opferhilfe verwiesen. Zudem werde im Rahmen der Totalrevision des Volksschulgesetzes überprüft, inwieweit die Aufsicht über die Privatschulen noch weiter ausgebaut werden könne. Zeitgleich hat die Regierung ihre Antwort auf den bereits dritten Vorstoss im Kantonsrat zu den Missständen an der DSS veröffentlicht. SP-Fraktionspräsidentin Bettina Surber und SP-Kantonsrat Martin Sailer hatten diesen Ende September eingereicht. «Ist der Kanton nun zur Aufarbeitung bereit?» fragten die beiden. «Nein», lautet die kurze Antwort der Regierung.

Aus den Akten ergebe sich, dass die damalige Schulaufsicht «das Erwartbare und Zumutbare vorgekehrt» habe, um die Missbrauchsvorwürfe abzuklären, die seit 1999 im Raum stehen. Dass dies damals nicht gelungen sei, sei erklärbar und mache heute keine neuerliche Untersuchung erforderlich, heisst es in der Medienmitteilung.

## Exklusiver Einblick in Akten

Die Redaktion hat beim kantonalen Amt für Volksschule Einsicht in die Akten rund um die DSS, die sich heute Christliche Schule Linth (CSL), erhalten. Ob die Schulaufsicht damals wirklich alles unternommen hat, um die Schülerinnen und Schüler zu schützen, bleibt nach Einsicht der Akten fraglich. Wir haben die Geschehnisse chronologisch aufgearbeitet.

Ein Aussteiger aus der Freikirche meldet dem Kanton 1999, dass Kinder an der DSS Psychoterror ausgesetzt sind und geächtigt werden. Wie diese Zeitung berichtete, versucht der damalige Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling der Schule daraufhin die Bewilligung zu entziehen. Jürg Läderach interveniert. Dessen Frau ist zu dieser Zeit Vizedirektorin der DSS. Die Eltern – fast ausnahmslos Mitglieder der Freikirche – stellen sich hinter die Schulleitung. Es steht Aussage gegen Aussage.



Blick auf die Christliche Schule Linth (ehemals Domino Servite) in Kaltbrunn.

Bild: Gian Ehrenzeller

Das Bewilligungsentzugsverfahren scheidet. Geschlagen wurde von da an nicht mehr, dafür wurde der Psychoterror umso schlimmer.

Aufgrund neuer kantonalen Vorschriften benötigte die DSS ab 2002 eine Bewilligung zur Führung ihres Internats. Diese wurde 2003 beantragt. Wie aus den neu gesichteten Akten hervorgeht, wandte sich daraufhin Helga T., die vorherige Leiterin des Buben-Internats und Ex-Frau des ehemaligen Gemeindeführers Hans Koller, an die Behörden. Trotz Angst vor «massiven Repressalien» durch die EGHO erzählte sie Ende Juni 2004 von körperlichen Strafen, von Erpressung, Demütigung, Essensentzug und Zuständen «wie im Militär».

In einem Protokoll des Erziehungsrats vom September 2004 wird diesbezüglich als besonders alarmierend festgehalten, «dass heute noch Personen an der DSS tätig sein sollen, die schon vor 1999/2000 an den Züchtigungen und Gewaltanwendungen beteiligt waren.» Unter ihnen auch ein führendes Mitglied der Freikirche, das bis Juli 2022 geschäftsführender Vorsitzender des Schulrats der CSL war und gemäss Akten damals in der Firma Läderach in Enneda arbeitete.

## Bewilligung für Internat erteilt

Die DSS wird nach dem Gespräch mit Helga T. damit beauftragt, unverzüglich bei der internen Aufsicht einen «Bericht zum Kindeswohl» einzuholen. Nur vier Tage danach trifft dieser ein. Der mit der in-

ternen Aufsicht betraute damalige Schulratspräsident und Gemeinderat von Kaltbrunn lobt die DSS in seinem Bericht in höchsten Tönen. Es findet sich kein einziges kritisches Wort. Heute ist bekannt, dass die Schulleitung bei Visitationen ein buchstäbliches Theater aufführte.

Das Loblied ist so exzessiv, dass der Erziehungsrat während seiner Sitzung im September zu Protokoll gibt, es sei allenfalls zu überprüfen, ob der Mann «als Schul- und Gemeinderat über die notwendige Distanz für die Tätigkeit als interne Aufsicht verfügt». Weiter hält der Erziehungsrat fest, dass aufgrund der verschiedenen Missbrauchsvorwürfe davon auszugehen sei, «dass ein potenzielles Risiko vorhanden ist, dass in der DSS das Kindeswohl nicht in jedem Fall gewährleistet ist». Trotz der Bedenken erteilt der Erziehungsrat der Schule in derselben Sitzung die Bewilligung für ein Internat.

Allein das Vorhandensein von Verdachtsmomenten, auch wenn sie gehäuft auftreten, genüge nicht, um ein Bewilligungsgesuch abzulehnen, heisst es im Protokoll. Jedoch soll eine kleine Kommission geschaffen werden, um die staatliche Aufsicht vorübergehend zu verstärken.

## Erneute Vorwürfe und erste Interpellation

Was aus dieser Kommission wird, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Unangemeldete Kontrollen sind nirgends vermerkt. Trotz Zweifel bezüglich seiner nötigen Distanz zur DSS findet

sich ein weiterer Bericht des Schulratspräsidenten von Kaltbrunn, verfasst 2005. Er strotzt nur so vor Begeisterung für die DSS.

Im Juni 2006 gehen Vorwürfe gegen die Freikirche durch die Medien. Ehemalige Mitglieder schildern ein Klima von Frömmigkeit und Unterdrückung, von Bespitzelung und Psychoterror. Gegenüber dem St. Galler Tagblatt gibt der damalige Leiter des Amtes für Volksschule bekannt, dass neue Informationen die alten Vorwürfe bekräftigten. Wie aus den Akten hervorgeht,

## «Es fehlten die Beweise für Verfehlungen, die man hätte ahnden können.»



Stefan Kölliker  
Regierungsrat und Vorsteher  
Bildungsdepartement

melden sich im Juli 2006 weitere Betroffene bei den Behörden. SP-Kantonsrätin Daniela Colombo reicht eine Interpellation im Kantonsrat ein und fragt, was die Regierung im Fall DSS zu unternehmen gedenke.

Es verstreichen einige Monate, bis Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling erneut auf den Plan tritt. Die Akten zeigen, dass er sich an den damaligen Kantonsrat und heutigen Regierungsrat Fredy Fässler wandte. Rechtsanwalt Fässler sollte aufgrund der vorliegenden Informationen beurteilen, ob der DSS die Bewilligung entzogen werden könnte. Fässlers Fazit: Es liegen «keine ausreichenden, gesicherten und aktuellen Informationen vor, aufgrund derer die erteilte Bewilligung [...] widerrufen werden könnte».

Fässler führt jedoch weiter aus, dass die Hinweise durchaus glaubwürdig seien, dass die Schule «mit rigidem religiösem Druck geführt und zum Teil mit pädagogisch nicht vertretbaren Mitteln gearbeitet wird». In «offensichtlichem Kontrast» zu den glaubwürdigen und plausiblen Erklärungen der Betroffenen stünden jedoch die Situationsberichte der internen Schulaufsicht – also jene des Schulratspräsidenten. Diese machten einen «relativ distanzlosen» und nicht von «vornerein unabhängigen» Eindruck, so Fässler.

Wenige Tage später publiziert die Regierung ihre Antwort auf die Interpellation von Daniela Colombo. Sie gedenkt nichts zu tun. Die Begründung ist in ihren Grundzügen die gleiche wie heute. Die Schulaufsicht ging den Missbrauchsvorwürfen

gezielt nach, konnte indessen jedoch keine konkreten Beweise finden. Die Visitationen verliefen unauffällig und die Eltern der Kinder erstatteten keine Meldung oder gar Anzeige.

Anders ausgedrückt: Freikirche und Schule waren ein geschlossenes System, in dem sich alle gegenseitig schützten. Nur die Kinder schützte niemand, doch diese hatten zu viel Angst, etwas zu sagen.

## «Es fehlten die Beweise»

Die Kontrolle der Schule habe damals bestmöglich stattgefunden, sagt Regierungsrat Stefan Kölliker, der heute dem Bildungsdepartement vorsteht. «Es fehlten die Beweise für Verfehlungen, die man hätte ahnden können.»

Kann man ausschliessen, dass heute keine Gefahr mehr für die Kinder besteht? Seit den Vorkommnissen an der DSS vor rund 25 Jahren habe sich die kantonale Aufsicht der Privatschulen modernisiert und intensiviert. In den letzten Jahren habe man mit der inzwischen zentralisierten Aufsicht Kontrollen in der Schule durchgeführt. Auch unangemeldet. Kölliker sagt: «Es gibt keinerlei Hinweise, dass noch ähnliche Zustände herrschen wie damals.»

Aber natürlich gebe es bei der Kontrolle auch Grenzen, räumt Kölliker ein. Aufgrund der Privatschulfreiheit, die Verfassungsrang habe, könne der Staat nicht auf die Ideologie einer Privatschule Einfluss nehmen oder dieser die Bewilligung entziehen, solange sie sich an die Rechtsordnung halte.